

Presseinformation und -einladung

## „Schule in Freiheit“ reicht Unterschriften ein Volksinitiative fordert mehr Selbstständigkeit für die staatlichen Schulen und die gleichberechtigte Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

**an diesem Mittwoch, dem 28. September 2011, ist es soweit! Die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ wird die gesammelten Unterschriften dem Landtagspräsidenten überreichen.**

Es werden mehr als 35.000 Unterschriften sein, also deutlich mehr als die notwendigen 20.000. Das ist ein großartiger Erfolg! Als Mitinitiatoren dieser Volksinitiative freuen wir uns, dass die benötigten Unterschriften innerhalb kurzer Zeit zusammengekommen sind. Dadurch wird sich der Brandenburger Landtag mit den Inhalten der Volksinitiative beschäftigen und wir werden ein Rederecht im Ausschuss für Bildung erhalten.

**Die Volksinitiative kommt jetzt zur richtigen Zeit.** Denn der Landtag muss in den nächsten Monaten eine Entscheidung treffen über die Pläne der Landesregierung, die sowieso schon schlechte Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft weiter kräftig zu kürzen. Diese aktuelle Kontroverse „Kürzungen Ja – Kürzungen Nein“ wollen wir mit der Volksinitiative um einen grundsätzlichen Gesichtspunkt erweitern, indem wir die Frage stellen, was gut und notwendig ist für ALLE SCHULEN. Unsere Antwort: die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung. Nur in Schulen, die sich und ihre Arbeit selbst bestimmen, kann ein Klima entstehen, in dem die Schülerinnen und Schüler ihre Fähigkeiten kreativ entwickeln und lernen, selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu handeln.

**Besonders die Schulen in staatlicher Trägerschaft brauchen mehr Selbstständigkeit.** Sie werden bisher noch stark von der Kultusbehörde verwaltet und in ihrer selbständigen Arbeit bürokratisch behindert. Deshalb fordern wir, dass diejenigen staatlichen Schulen, die dies wollen, mehr Hoheitsrechte bekommen, z.B. Personalhoheit und Budgethoheit, so dass sie ihre pädagogische Arbeit eigenverantwortlich gestalten können.

**Und die Schulen in freier Trägerschaft sollen nicht länger für ihre bereits erkämpfte und erarbeitete Eigenverantwortlichkeit bestraft werden,** sondern als öffentliche Schulen anerkannt und gleichberechtigt finanziert werden. Sie sollen unabhängig vom Einkommen der Eltern, also ohne Schulgeld zugänglich sein. Wir fordern deshalb, die Finanzierung der freien Schulen in einem ersten Schritt von den jetzigen 65 % auf mindestens 85 % anzuheben.

Die Umsetzung der Pläne der Landesregierung wäre ein rückwärtsgewandter Schritt und ein großer Schaden für Brandenburg. Als Idee für die Zukunft schlagen wir vor und laden dazu ein, ein vielfältiges, selbstverwaltetes und öffentlich zugängliches Schulwesen zu gestalten.

OMNIBUS hat bereits im letzten Jahr in Berlin eine Volksinitiative „Schule in Freiheit“ initiiert. Gefordert wurden die pädagogische Freiheit für alle Schulen, die gleichberechtigte Finanzierung

der Schulen in freier Trägerschaft und die selbstständige Organisation für die Schulen in staatlicher Trägerschaft. Nach der Anhörung der Volksinitiative am 10. März 2011 im Berliner Abgeordnetenhaus haben alle Parteien eigene Beschlußempfehlungen ausgearbeitet, die dann im Plenum des Abgeordnetenhauses abgestimmt wurden. Dabei wurde der Vorschlag der Regierungsfractionen, dass die Schulen in freier Trägerschaft ein transparentes und ganzheitlicheres Finanzierungsverfahren bekommen sollen, einstimmig angenommen. Dieses Finanzierungsverfahren wird zur Zeit in einer Arbeitsgruppe vom Berliner Senat und den Schulen in freier Trägerschaft gemeinsam ausgearbeitet. Es wird eine kostenneutrale Umstellung sein vom jetzigen Verfahren, das nur die Personalkosten vergleicht, zu einem Verfahren, das die Gesamtkosten vergleicht (Vollkostenmodell).

Wir würden uns sehr freuen, wenn es auch in Brandenburg gelingt, mit den Abgeordneten in einen konstruktiven Dialog, in eine ernsthafte, sachliche und offene Auseinandersetzung einzutreten, so dass sich daraus eine produktive Form der weiteren Zusammenarbeit entwickeln kann.

Weitere Informationen finden Sie auf [www.schule-in-freiheit.de](http://www.schule-in-freiheit.de)

Mit freundlichen Grüßen

Kurt Wilhelmi

---

OMNIBUS - Büro Berlin  
Haus der Demokratie  
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin  
Tel. 030 - 42 80 43 90  
[berlin@omnibus.org](mailto:berlin@omnibus.org)  
[www.omnibus.org](http://www.omnibus.org)  
[www.schule-in-freiheit.de](http://www.schule-in-freiheit.de)